

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Frägenlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Beizelle 15 Pfennige.

Redaktion, Druck und Verlag von N. Graßmann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 12. Mai 1882.

Nr. 219.

Deutschland

**** Berlin, 10. Mai.** Der Bundesrath hatte bekanntlich in seiner Sitzung vom 6. Juni 1878 beschlossen, die Pharmacopoea Germanica, welche mit dem 1. November 1872 in Wirksamkeit getreten ist, einer Revision zu unterziehen und den Reichskanzler zu ersuchen, eine Kommission aus Apothekern, Chemikern, Pharmakologen und praktischen Ärzten und Klinikern mit der Aufgabe zu beauftragen, dem Bundesrath Vorschläge über Abänderung und Ergänzung des Arzneibuchs von 1872 vorzulegen. Die in Folge dessen berufene Kommission ist unter Vorsitz des Direktors des I. Gesundheitsamtes in der Zeit vom 15. bis 25. Oktober 1880, sowie vom 20. bis 31. März 1882 versammelt gewesen und hat ihren Berathungen wesentlich diejenigen, theils durch Vermittelung der Bundesregierungen, theils direkt eingesandten Vorschläge zur Abänderung der ersten Ausgabe der Pharmacopoea Germanica zu Grunde gelegt. Während die erste Sitzungsperiode hauptsächlich zur Verständigung über die allgemeinen Gesichtspunkte diente, wobei auch für die Beibehaltung der lateinischen Sprache bei der Abfassung des Textes entschieden wurde, und während die Zeit zwischen den beiden Sitzungsperioden von einer technischen Subkommission benutzt wurde, um die einzelnen Artikel zu bearbeiten, hat alsdann in der zweiten Sitzungsperiode die Hauptkommission den Entwurf in deutscher Fassung festgestellt, worauf dann die lateinische Fassung gefolgt ist. Der Stellvertreter des Reichskanzlers hat mit dieser Mittheilung gleichzeitig dem Bundesrath zwei von der Kommission gefasste Resolutionen zur Beschlussfassung vorgelegt, nämlich: 1. wegen Herstellung eines für den Verkauf bestimmten Abdrucks des der Pharmacopoea Germanica, editio altera zu Grunde liegenden deutschen Entwurfs, 2. wegen Ernennung einer ständigen Kommission zur Feststellung der durch die Fortschritte der Wissenschaft, und die Ergebnisse der praktischen Erfahrungen bedingten Zusätze und Abänderungen jenes Arzneibuchs.

Berlin, 11. Mai. Der Vizepräsident des Staatsministeriums v. Puttkamer begleitete gestern Nachmittag um halb 5 Uhr die Präsidien des Reichstages und der beiden Häuser des Landtages nach Potsdam, wo dieselben dem Kronprinzen und der Kronprinzessin, sowie dem Prinzen Wilhelm von Preußen die Glückwünsche anlässlich der glücklichen Entbindung der Prinzessin Wilhelm überbrachten.

Feuilleton.

Die bevorstehende deutsche Berufszählung.

Am 5. Juni d. J. soll im ganzen deutschen Reich eine allgemeine Berufszählung stattfinden, welche den Zweck hat, eine genaue Kenntniss über die gesammte Erwerbsthätigkeit der Bevölkerung, über deren Zusammenfassung aus Erwerbsthätigen und Angehörigen, Selbstständigen und Gehilfen, Unternehmern und Arbeitern, sowie über Ausdehnung und andere charakteristische Eigenschaften der landwirthschaftlichen und gewerblichen Betriebe für die Zwecke der Gesetzgebung, Verwaltung und Wissenschaft zu erlangen.

Diese Berufszählung, welche sich nicht nur auf die Hauptberufe, sondern auch auf die Nebenbeschäftigungen erstreckt, ist viel komplizirter als die letzte Volkszählung und wird sowohl hinsichtlich der Ausfüllung und Revision der Zählungspapiere, als auch in Betreff der Bearbeitung mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden sein. Die Vertreter der amtlichen deutschen Statistik haben daher in Folge einer Einladung des Direktors des kaiserlichen statistischen Amtes vom 24.—26. April in Erfurt getagt, um die zur Sicherung der Erhebung erforderlichen Vorkehrungen näher zu beraten. Die meisten Beschlüsse dieser Konferenz haben, soweit sie sich auf die Revision der Zählspapiere und die Verarbeitung des gewonnenen Materials beziehen, für das größere Publikum nur geringes Interesse; dagegen ist es im hohen Grade wünschenswerth, alle diejenigen Resolutionen, welche die Bevölkerung zur weitestgehenden Theilnahme an Zählungsgeschäften auffordern, in die weitesten Kreise zu verbreiten. Dieselben lauten folgendermaßen:

„1. Im Hinblick auf die Bedeutung der am 5. Juni 1882 im ganzen deutschen Reich statt-

findenden Berufszählung empfiehlt die Konferenz, nichts unversucht zu lassen, um für die Durchführung der Erhebung innerhalb der Gemeinden die Mitwirkung geeigneter Kräfte aus der Mitte der Bevölkerung in ausgedehntem Maße zu gewinnen. Männer, welchen die Ausübung ihres Berufs eine eingehende Kenntniss der persönlichen und gewerblichen Verhältnisse ihrer Gemeinden verschafft, werden nicht nur mit dem Zähleramte zu betrauen, sondern auch hinsichtlich der Leitung des örtlichen Zählgeschäfts zu gemeinsamer Wirken mit den hiermit befaßten Behörden aufzufordern sein.

2. Die Konferenz erachtet es für die erfolgreiche Durchführung des Zählgeschäfts als wesentlich, daß, wenigstens in den größeren Gemeinden, die Beziehung solcher geeigneten Kräfte zur Leitung der Zählgeschäfte erfolge, sei es unter Bildung förmlich organisirter Zählungskommissionen aus ihnen und den Mitgliedern der Gemeindebehörden, sei es, indem sie diesen letzteren zu gemeinschaftlicher Arbeit unmittelbar beigelegt werden. Sie empfiehlt deshalb die Förderung der hierauf zu richtenden Bestrebungen.

3. Die Konferenz empfiehlt ferner, in denjenigen Gemeinden, deren Ausdehnung es angezeigt erscheinen läßt, eine Mehrheit nach diesen Grundsätzen gebildeter leitender Stellen einzufügen, damit das Arbeitsmaß einer jeden derselben die Grenzen nicht überschreite, innerhalb welcher eine zweckentsprechende Gründlichkeit der Behandlung möglich bleibt.

4. Die Aufgabe der Zählungskommissionen bezw. Gemeindebehörden umfaßt Alles, was zur Vorbereitung, Leitung und Ueberwachung des Zählgeschäfts innerhalb der einzelnen Gemeinden und Gemeintheile erforderlich ist. Insbesondere liegt denselben ob:

a) die Einteilung der Gemeinden in örtlich genau abzugrenzende Zählbezirke;

b) die Bestellung einer hinlänglichen Anzahl tüchtiger Zähler und deren Unterweisung;

c) die Aufklärung der Gemeinde-Angehörigen über den Zweck der Erhebung und über die Ausfüllung der Zählformulare, die Gewinnung des Interesses der Bevölkerung für die Lieferung vollständiger und richtiger Angaben und die Ertheilung von Rath und Hilfe bei Ausfüllung der Formulare, sowie endlich

d) die wiederholte Prüfung und Nichtigstellung der in den Zählformularen gemachten, von den Zählern bereits geprüften Angaben.

Die Konferenz empfiehlt, diese wiederholte Prüfung überall alsbald nach Ablieferung der ausgefüllten Formulare seitens der Zähler, unter Zugiehung dieser letzteren, durchzuführen, und hält es für den Werth des Gesammtergebnisses der Arbeit von höchster Bedeutung, daß, besonders bei diesem Geschäfte, die Lokalbehörden der Mitwirkung ortskundiger Gemeindeangehöriger nicht entbehren.

5. Die Konferenz erachtet das Amt eines Zählers mit demjenigen eines Mitgliedes einer Zählungskommission oder sonstigen, das örtliche Zählgeschäft leitenden Stelle als wohl vereinbar.

6. Am den, sei es als Zähler, sei es als Mitglieder der leitenden Stellen bezw. Zählungskommissionen, bei der Erledigung der örtlichen Zählgeschäfte mitwirkenden Personen die formellen Schwierigkeiten der Arbeit zu erleichtern, hält es die Konferenz für sehr geeignet, diese Personen in gemeinschaftlichen Versammlungen über die Einrichtung der Formulare und die Art, wie die Eintragungen in dieselben zu bewirken sind, unter Vorführung geeigneter Beispiele zu unterweisen.

Die Konferenz empfiehlt, von diesem Mittel Gebrauch zu machen, soweit dies als durchführbar erkannt wird.

7. Auch empfiehlt sich mit Rücksicht auf die

und erregte zuletzt dadurch, daß er Gambetta und Raynal für die Deforierung Grisels belohnte, Widerspruch und Tumult der Intransigenten. Es kam zu stürmischen Szenen, Clovis Hugues, Revillon und Pelletan gestikulirten heftig. Man hört Rufe, wie: „Hinauswerfen,“ es bildet sich um die Intransigenten ein fürchterlicher Knäuel; mit Hilfe der Musik, welche die Marschallkappe anstimmte, wird das Gesehrei überhört und endlich tritt so viel Ruhe ein, daß Gambetta sich erheben kann. (Donnernder Beifall.) Er sagt: Er kenne die Antipathien gegen das Fest, auch wolle er nur einen Toast ausbringen auf Viktor Hugo und Grisel, das Genie und die Arbeit. Er bleibt jedoch dabei nicht stehen, sondern des Publikums sicher, schwingt er sich zu stürmischem Pathos auf, die Zuhörerschaft zu einem Delirium von Beifall hinführend. Der Inhalt der Rede Gambetta's war: Diejenigen, welche arbeiten und diejenigen, welche besitzen, müssen eine Allianz schließen, jene müssen auf das Ungerechtfertigte in ihren Forderungen verzichten, diese sich den nothwendigen Konzessionen fügen. Es gebe keine soziale Frage, sondern einzelne soziale Fragen, die man nacheinander lösen müsse. Seine (des Redners) einzige Leidenschaft sei die Liebe zum Volke, welches immer auch die parlamentarischen Zwischenfälle seien, es gebe eine Politik, die alle anderen überlebe, die des allgemeinen Stimmrechts! Eine starke, kämpfende Politik, die ihren alten Weg hoffentlich nicht vergessen hat. Er wolle nichts sein, als ein Agent der Vereinigung in der Republik!

Nicht endenwollender Beifall und Rufe „Es lebe Gambetta, es lebe die Republik!“ bewiesen, daß Gambettas Jungs noch immer ein wichtiges Herrschaftsmittel über französische Gemüther ist.

Die Krisis in Egypten hat sich zu einer Ausföhnung des Ministeriums gegen den Khedive zugespielt. Die „Agence Havas“ und das „Neuerische Bureau“ melden gleichlautend aus Kairo vom gestrigen Tage, daß die Notabelnkammer, welche ihre diesjährige Sitzung am 26. März schloß, ohne Ermächtigung des Khedive von Neuem einberufen worden ist. Dieser Akt ist eine direkte Verletzung des Grundgesetzes, welches in Art. 7 vorschreibt, daß die Kammer der Delegirten alljährlich nach dem Beschlusse des Ministeriums durch ein Dekret des Khedive einberufen wird. Als Motiv für die eigenmächtige Handlung wird, dem „Neuerischen Bureau“

zufolge, angegeben, die Kammer solle die zwischen dem Ministerium und dem Khedive bestehenden Streitfragen entscheiden. Soviel bekannt geworden, besteht überhaupt nur eine Streitfrage und diese betrifft das kriegsgerichtliche Urtheil gegen die ischereffischen Offiziere, welche sich angeblich gegen das Leben Arabi Paschas verschworen haben sollen. Der Khedive versagte die Sanktion des Urtheils, welches die Offiziere ihres Ranges verlustig erklärt und nach Sudan verbannt, aus formalen und sachlichen Gründen. Das Ministerium bestand auf Vollstreckung kriegsgerichtlichen Urtheils. Da entschloß sich der Khedive, selbstständig mildere Strafen zu dekretiren. Die selbstständige Umwandlung des kriegsgerichtlichen Urtheils seitens des Khedive ohne Gegenzeichnung eines Ministers mag den Vorwand zur Ausföhnung gegen den Fürsten geboten haben. Nach dem „Neut. Bur.“ liegt es in dem bestimmten Plan der aufständigen Minister, den Khedive zu entthronen und eine Regierung unter Arabi Bey einzuführen, und derselben Quelle zufolge wird die Revolution ihren Zweck unfehlbar erreichen, wenn nicht eine sofortige Intervention der Konfulin eintritt. Daß die Ansicht des vorgenannten „Bureaus“ nicht von allen Mächten getheilt wird, ergibt die gleichzeitige Meldung, daß Deutschland, Oesterreich und Italien ihren Vertretern die positive Instruktion ertheilt haben, sich jeder Intervention zu enthalten. Es wird ferner mitgetheilt, die Minister hätten den Generalkonfulin die formellen Zusicherungen gegeben, daß das Leben und das Eigentum der Europäer keine Gefahr ließen, daß sie aber im Falle einer Intervention der Türkei entschlossen seien, das Land zu verteidigen; außerdem hätten die Minister den Konfulin die Versicherung abgegeben, daß die Person des Khedive respektirt werden würde. Das Telegramm aus Kairo vom 10. d. Mts. schließt: „Der Khedive hat heute Abend dem Korrespondenten des „Neuerischen Bureaus“ gegenüber geäußert, er sei entschlossen, sich um jeden Preis den Forderungen des Ministeriums entgegenzusetzen und rechne hierbei auf die materielle Unterstützung Frankreichs und Englands, zumal er gestern ein Dekret unterzeichnet habe, welches dem von den Repräsentanten der Mächte übereinstimmend ertheilten Rathe entspreche. Bis jetzt herrscht überall Ruhe. Das Ministerium hat den Khedive durch Vermittelung eines Unterbeamten davon verständigt, daß die Notabelnkammer einberufen worden sei.“ — Das vom Khedive unterzeichnete

in dieser Beziehung bereits gemachten günstigen Erfahrungen, die Zählungsformulare in den Schulen von den Lehrern besprechen und erläutern zu lassen.

8. Da bei früheren ähnlichen Gelegenheiten sich die Lehrer als Zähler bewährt haben, so erachtet es die Konferenz für nothwendig, daß am 5. Juni d. J. der Unterricht in den öffentlichen Schulen ausgesetzt wird, damit den Lehrern die Uebernahme des Zähleramtes ermöglicht werde.“

Die Bestrebungen für Handfertigkeits-Unterricht und Hausfleiß.

Auf den Sonnabend nach Pfingsten ist nach Leipzig eine Versammlung von Freunden des Handfertigkeits-Unterrichts für Knaben und des männlichen Hausfleißes ausgeschrieben, die das Werk der Berliner Juni-Konferenz vom vorigen Jahre fortsetzt. Damals wurde ein Zentralkomitee hinterlassen zum Betriebe der Agitation mit geschäftsführendem Ausschuss in Bremen und der dort erscheinenden Wochenchrift „Nordwest“ als Organ. In diesem Komitee repräsentiren Männer wie Stadtrath von Schendendorff in Götting, Oberlehrer Dr. Göke in Leipzig, Oberlehrer Gurauer in Waldenburg, Dr. Brenning in Bremen, Senator Brons in Emden und Superintendent Raydt in Völs, vorzugsweise das nachdenkliche Bemühen, der Ausbildung unserer Knaben ein neues, vielseitig anwendbares und das Gleichgewicht aufrechterhaltendes Element einzufügen; die Wiederbelebung des geschwundenen Hausfleißes der Männer auf dem Lande vertreten Graf Schlieffen (Medlenburg), Dekonomierath Petersen in Eutin und der Direktor der berühmten Hildesheimer Landwirtschaftsschule, E. Michelsen; auf beiden Seiten steht der ausgezeichnete Stifter der österreichischen Schulgärten, Direktor Dr. Erasmus Schwab in Wien. Direktor Grunow vom Berliner Kunstgewerbe-Museum deutet eine diesen Bestrebungen in Deutschland noch erst

Defekt, von dem das Telegramm spricht, bezieht sich auf die eben erwähnte Umwandlung des kriegsgerichtlichen Urtheils gegen die fischerles'schen Offiziere. Die Folgen der Aufhebung des Ministeriums gegen den Fürsten lassen sich noch nicht übersehen. Für heute herrscht Ruhe in Egypten und das auch noch in den nächsten Tagen eine ernste Friedensstörung nicht zu befürchten ist, beweisen die schon hervor-gehobenen Instruktionen der drei Mächte Deutsch-land, Oesterreich und Italien an ihre Vertreter in Kairo, sich jeder Einmischung zu enthalten. Auf lange Zeit hinaus lassen sich die Dinge im Orient nicht berechnen.

Ausland.

Paris, 10. Mai. Die Subkommission, beauftragt mit der Feststellung genauer Ziffern der einzustellenden Dienstpflichtigen für das Jahreskontingent der Armee, ist in ihren Nachforschungen auf dem Kriegsministerium zu dem Ergebnis gekommen, daß bei dreijährigem Dienste der gesetzliche Effektivbestand von einer halben Million im Frieden nicht einmal völlig erreicht werde, also von einem ange-lichen Zuviel keine Rede sei. Die Partisanen des gambettischen Rekrutierungsentwurfs argumentiren hiernach triumphirend für die von Gambetta ange-strebte integrale Incorporation des Jahreskontin-gents, wie für die Unmöglichkeit der Dispensirung gewisser Kategorien zu nur einjährigem Dienste. Die statistischen Darlegungen der Subkommission werden jedoch anderseits lebhaft bestritten und z. B. vom „Temps“ getadelt, daß die Subkommission nur die zufällig schwachen Jahreskontingente von 1875 bis 1878 in Berechnung gezogen habe, wogegen nachzuweisen sei, daß die Kontingente der letzten 3 Jahre beträchtlich höhere gewesen und sonach bei einer vollständigen Incorporation der vorgeschriebene Effektivbestand weit überschritten werden müßte. Es ist bezeichnend, daß anscheinend also noch immer eine vollständige Verwirrung und Unsicherheit über diese Zahlenfrage des einstellungsfähigen Jahreskon-tingents herrscht, und sonach die neuen Rekruti-rungsprojekte mit ihren eventuellen Dispensen und den Auscheidungen gewisser Kategorien jeder festen und sicheren Basis entbehren.

Petersburg, 7. Mai. Wie gut man thut, wenn man die in Rußland eingetretene Wendung nicht überschätzt, zeigt einmal wieder e Stelle der russischen „Petersburger Zeitung“ und mehr noch die derselben zu Grunde liegende Thatsache. General M. D. Sobolew, schreibt das Blatt, reist dieser Tage nach Moskau, um das Kommando über das dortige Korps zu übernehmen. „Seine Krank-heit (eine Lungenentzündung)“, schreibt das Blatt, „war so gefährlich, daß die russische Gesellschaft alles Ernstes bedroht war, einen der hervorragend-sten Männer unserer Zeit zu verlieren, und wie es scheint, hat das einfache russische Volk diese Furcht am lebhaftesten empfunden. Man erzählt, daß während der Krankheit unseres berühmten Feldherrn neunzig Prozent der Personen, welche sich nach sei-nem Befinden erkundigten, dem Bauernstande an-gehörten und wissen wollten, „ob der Weiße Ge-neral schon aufgestanden ist“. Einer solchen Sym-pathie hat sich ein Russe selten zu erfreuen gehabt, und dieser Antheil des Volkes beweist, wie ein echt russisches Wort, echt russische Denkwiese mit Sicher-

mitzuthellende Richtung an, Stadtrath Böhm in Dresden und Professor Post in Göttingen bezeugen die Gemeinnützigkeit der Neuerung, Senator Dr. Schmidt und Seminar-Direktor Credner in Bremen werden Hoffnung auf ihre schließliche Adoption durch die Schulverwaltungen, und zwei alte Politiker, Wiedemann und Lammers, sagen uns gewisser-maßen, daß sie auch eine beachtenswerthe national-politische Seite haben mag, natürlich ohne jede Par-teifärbung, denn in den ausgefallenen Namen sind die verschiedensten Standpunkte gerint.

Diese Freiheit von politischer Tendenz, so-wie die praktisch bewiesene Möglichkeit, Männer der abweichendsten Richtungen in Staat und Kirche für die agitatorische Betreibung der Sache zu vereinigen, sichern ihm einen stetigen weiteren Fortgang. Der-selbe mag langsam sein; das schadet nicht, ist sogar sicherer und besser als alzu stürmisch. Auf eine Diktierung von oben haben es offenbar die thäti-gen Freunde dieser Reform ebenso wenig abgesehen, wie die deutschen Schulverwaltungen ihrerseits auf-gelegt sein würden, darauf einzugehen. Zunächst wird überall nur auf fakultative Eröffnung von Lehrwerkstätten für Schüler hingearbeitet, gegen die auch der konservativste Rigorist des bestehenden Schul-plans nichts einzuwenden haben kann, wenn er nicht etwa alle freie Zeit der Schüler mit Schularbeiten ausgefüllt wissen will. Von den Schulverwaltun-gen begehrt und erwartet man vorerst durchaus noch kein weiteres Entgegenkommen, als es eben die kö-niglich sächsische Regierung für den in Dresden be-absichtigten, am 20. Juli beginnenden neuen Kurs zur Ausbildung von Lehrern durch Herrn Clauson von Raas betthätigt.

Mit der Leipziger Zusammenkunft am 3. Juni wird eine Ausstellung charakteristischer Arbeitsstücke verbunden, die zwar nicht gerade umfangreich, aber interessant zu werden verspricht. Da mögen Run-dige an den Erzeugnissen Sinn und Werth der ver-schiedenen Methoden vergleichend prüfen: der des oben genannten dänischen Volks-Pädagogen mit ihrer Auswahl von Handwerken, der streng auf Tischlerei beschränkten Methode des schwedischen Stöb-Seminars zu Näs, die kunstgewerbliche Entwickelung der Sache nach deutschen autodidaktischen Ideen, Münchener Musterzeichnungen u. s. f. Was in der Betreibung des Handfertigkeitsunterrichts für Knaben an Geist und Leben steckt, das wird sich wohl in dieser Ausstellung nicht minder sprechend kundgeben als in den Verhandlungen.

heit auf einen Widerhall im Herzen des mächtigen Russenvolkes rechnen darf. Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir ferner, daß alle Gerüchte über gewisse Gründe der Erkennung des Generals, Gründe, unter denen Nachsicht für seine Pariser Rede nicht die kleinste Rolle spielte, — ganz erdichtet sind; Ge-neral Sobolew erkrankte einfach in Folge einer hef-tigen Erkältung.“ Es scheint wirklich, daß man lediglich eine Verhüllungspolitik treibt, um Europa zu beruhigen. Die Worte sind friedlich, aber die Thaten entsprechen ihnen nicht.

Eine Meldung des „Golos“ aus Baltia be-sagt, daß bei der dortigen Judenbege zerstört wur-den: 976 Häuser, 253 Juden und 34 Schan-lokale. Der Verlust beträgt 1 1/2 Millionen Rubel. Verwundet wurden 211 Personen, darunter 39 mit schweren Verletzungen. An ihren Wunden ge-storben sind acht Personen. Einige Frauen sind wahnsinnig geworden.

London, 9. Mai. Der Dubliner Gemein-de-rath versammelte sich gestern, um auch seinerseits seinem Unwillen über den Doppelmord in einem scharfen Beschlusse Ausdruck zu geben. Die Unter-suchung des Leichenbeschauers und seiner Geschworenen endigte mit der einfachen Feststellung des vor-sätzlichen Mordes der beiden Opfer. In den an-deren großen Städten Irlands saßten gleichfalls die Gemeinderäthe Beschlüsse und verordneten die Un-terlassung der Feuerwerke, welche zur Feier der Frei-lassung Parnell's und der Landligisten abgebrannt werden sollten. Die sonst so trostige Stadt Cork schickte sogar ein Beileidstelegramm an den dort vielgeschmähten Gladstone, welches dieser entsprechend beantwortete. Es ist kein Zweifel, daß die Trauer um Cavenish in Irland eine aufsteigende ist; denn dessen Vater, der Herzog von Devonshire, und des-sen Vorfahren gehörten stets zu den mildesten Guts-herren Irlands. Des jetzigen Herzogs Güter ergeben ein Jahreseinkommen von ungefähr 40,000 Pfund, von denen die Hälfte regelmäßig auf Ver-besserungen verwandt wird. Der Herzog ließ aus-eigenen Mitteln eine Bahn von Fermoy nach Lis-more bauen, die ihm 300,000 Pfund kostete; für einen anderen Bau von Lismore nach Waterford streckte er 100,000 Pfund vor; er errichtete ferner eine Wasserleitung in Lismore und ließ in der Nähe seines Schlosses eine Menge von Hütten für arme und altersschwache Arbeiter herstellen. Sein Name ist auch deshalb nie in Verbindung mit haß-geigen und unbarmherzigen „Landräubern“ ge-nannt worden.

Provinzielles.

Stettin, 12. Mai. Die Bestimmung des § 330 des Strafgesetzbuches, der zufolge der Leiter eines Baues, welcher bei der Ausführung wider die allgemein anerkannten Regeln der Baukunst vergeht, handelt, daß bei bestimmungsmäßiger Verwen-dung des Baues Gefahr für Menschen entsteht, mit Geld oder Gefängnis zu bestrafen ist, findet nach einem Urtheil des Reichsgerichts, II. Strafsenats, vom 11. Februar d. J., auch dann Anwendung, wenn vor der bestimmungsmäßigen Verwendung des Baues diese Verwendung von der Baupolizei inhi-birt worden ist.

— Die „drei gestrengen Herren“ nennt man sie, die Herren Mamertus, Pantratus und Serva-tius, die am 11., 12. und 13. Mai stets das Scepter zu schwingen pflegen. Wie mögen wohl die guten Heiligen zu dieser Bezeichnung gekommen sein? Wir wissen, daß Mamertus in der Mitte des fünften Jahrhunderts Bischof von Vienne in Frankreich war und sich durch viele wohlthätige Ein-richtungen hervorgerühmt hat. Von Pantratus er-zählt man, daß er bei den unter der Regierung Diokletians stattgehabten Christenverfolgungen den Märtyrertod starb, und der edle Servatius endlich soll gar ein Brudersohn der heiligen Elisabeth und mit der Jungfrau Maria und Johannes dem Täu-fer verwandt gewesen, in allen Sprachen der Erde wohl versirt und als Bischof zu Utrecht schließlich gestorben sein. Trotzdem also die Antecedenten der sämmtlichen drei Herren durchaus gegen das ihnen beilegte Prädikat „gestreng“ sprechen, sind sie dennoch gefürchtete Gäste, besonders bei Gärtner und Landmann, die ihnen wegen der bösen Nach-fröste, die sich gewöhnlich in ihrer Gefolgschaft zu befinden pflegen, gar nicht hold sind, und die nur erst wieder heitere Gesichter machen, wenn die „drei gestrengen Herren“ glücklich an ihnen vorüberge-gangen.

„Vor Servatius kann kein Sommer bestehen, Nach ihm est ist kein Frost zu sehen.“ heißt's beim Bauer, und für den Gärtner lautet der altbewährte Spruch:

„Pantratus und Servatius Der Gärtner wohl beachten muß; Geh'n sie vorüber ohne Frost, Dann ist's für ihn ein großer Trost, Doch kommen sie nicht ohne Regen, Bringts Wein und Früchten keinen Segen.“

Wir sehen also, um den Ruf der ehrenwerthen drei Heiligen ist es mindestens ebenso schlecht bestellt, wie um die Reime dieser alten lüthigen Bauernregel. Und in der That haben die Maifröste um Pantra-tius und Servatius oft genug die besten Hoffnun-gen des Gärtners vernichtet, namentlich aber den Obstbäumen bitteren Schaden zugefügt. In diesem Jahre hat sich jene Maifühle, von welcher das Sprüchwort sagt, daß sie verbunden mit der gehö-rigen Nässe dem Bauer Scheune und Faß fülle, etwas vorzeitig und mit ganz empfindlicher Inter-uität eingestellt. Die nasskalte Witterung ist in diesem Jahre um so unangenehmer, als uns der April mit seinen kühlen Lüften lüthig verwöhnt und in den festen Wagn hineingefaselt hatte, es sei der Sommer bereits definitiv bei uns eingelebt. Glücklicher Weise giebt es noch ein auf diese Tage

beigliches trostreiches Sprüchwort; es lautet: „Ge-strengere Herren regieren nicht lange.“

— Im Interesse der Reservisten und Land-wirthe, welche jetzt zu Uebungen einberufen wer-den, sei nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß die eingezogenen Mannschaften und Unteroffiziere für die Monate, in welchen sie mit der Waffe dienen, von der Klassensteuer befreit sind. Diese Befreiung ist in dem § 5 des Gesetzes vom 25. Mai 1873, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 1. Mai 1851 über die Klassen- und Klassifizirte Einkom-mensteuer, in den Worten ausgesprochen: „Befreit von der Klassensteuer sind: . . . d. Die Unter-offiziere und Mannschaften des Beurlaubtenstandes und ihre Familien. . . in den Monaten, in wel-chen sie sich im aktiven Dienste befinden.“ Daraus ergibt sich, wenn die Uebungen in zwei Monate fallen (z. B. vom 23. Mai bis 4. Juni) die Steuerbefreiung sich auf zwei Monate erstreckt. Es ist auch früher in der Ministerialkanzlei ent-schieden worden.

— Vor zwei Monaten wurde in dem Lager-raum der Brod'schen Kleiderhandlung, Schulen-strasse 23, ein höchst frecher Einbruch verübt, indem der B.'schen Lagerraum erbrachen und einen große-ren Posten Garderobenstücke entwendeten. Die ganze Ausführung des Diebstahls deutete darauf hin, daß derselbe von geschulten Verbrechern ausgeführt war, und lenkte sich der Verdacht bald auf den bereits vielfach vorbestraften Schornsteinfeger G. u. s. o. w. und einen Genossen desselben, den Arbeiter Hei-sing. Letzterer wurde auch festgenommen und ge-fand den Diebstahl ein, während es dem Gütshon-gang, zu entkommen. Es wurde gegen denselben ein Steckbrief erlassen, in Folge dessen es auch in diesen Tagen gelang, den G. in Tschode festzuneh-men und befindet sich derselbe bereits auf dem Transport nach Stettin.

— In der Zeit vom 6.—8. d. M. wurde eine Bodenlampe auf dem Grundstück Preußische-strasse 106 erbrochen und daraus Beutefrüchte im Werthe von 30 Mark geklopft.

— Gestern Nachmittag bemerkte der Schu-mannsposten auf der Pölitzerstrasse einen Mann, der in verdächtigster Weise mit einem großen Paket die Straße entlang ging, er wurde angehalten und seine Persönlichkeit als die des Arbeiters Christ. Fr. W. endt aus Jakobsdorf festgestellt. In dem Paket fanden sich 4 Stück aufgerollte Leinwand, 1 Longshawl und verschiedene Tücher. Ueber den Erwerb der Sachen befragt, erklärte W. dieselben von einem Unbekannten auf dem Damm'schen Wege gekauft zu haben. Später zog er es aber vor, ein Geständniß dahin abzulegen, daß er die Sachen einem Bauer in Sopbienthal mittelst Einsteigens in dessen Wohnung gestohlen habe. W. endt, der in Haft genommen wurde, ist ein vielfach vorbestrafter Mensch, der u. A. bereits 13 Jahre Zuchthaus verbüßt hat.

Bemerkte.

— Die allgemein bekannten Hölde'schen Bade-Einrichtungen für Familien verschaffen sich von Jahr zu Jahr immer mehr Eingang in alle Kreise. Das unbestreitbare Verdienst der Firma J. & A. Hölde in Berlin SW. besteht darin, Jedem die Möglich-keit zu geboten zu haben, sich für einen mäßigen Kosten-Aufwand, selbst bei beschränktesten Raum-Verhältnissen, in jedem Wohnraum, auch ohne vor-handene Wasserleitung und zu sparsamster Benutzung eine eigene Bade-Einrichtung zu beschaffen, wie dies heute in sachmännischen, so wie weiten privathlichen Kreisen bekannt und anerkannt wird. Durch ihre großen Vorzüge haben sich die Hölde'schen Bade-Einrichtungen bereits in zahlreiche, öffentliche und Privat-Krankenhäuser eingeführt, und sind gegen-wärtig in vielen hundert Familien im Gebrauch. Welch große Annehmlichkeit ist aber auch jeder Fa-milie geboten, in ihrer Wohnung für geringe Kosten eine eigene, zu jeder Zeit zu benutzende Bade-Einrichtung zu besitzen! Es sollte somit Jeder, der einen eiseinen Haushalt besitzt, nicht veräumen, sich den illustrierten Prospekt über Hölde's Bade-Einrich-tung für Familien, welcher überallhin gratis und franco versandt wird, kommen zu lassen, betonen aber noch ausdrücklich, daß ihre Einrichtungen nur von der Firma direkt oder ihren Niederlagen, in Stettin bei F. Bläsing, Wollweberstrasse 70 zu be-ziehen sind.

— Dem Prinzen Wilhelm ist gestern (Mitt-woch) von der Deputation der Provinz Posen, be-stehend aus dem Landtag: marschall Freiherrn v. Un-ruhe-Bomst und Oberbürgermeister Kohnleis, das prächtige Hochzeitsgeschenk dieser Provinz überreicht worden. Es geschah dies Mittags 12 3/4 Uhr im königlichen Stadtschloße zu Potsdam. Prinz Wil-helm war dorthin in Begleitung seines Hofmarschalls Major v. Liebenau und des persönlichen Adjutanten Hauptmann v. Bülow vom Marmorpalais herüber gekommen und empfing die Herren, welchen sich der Schöpfer des Kunstwerks, der Mitarbeiter der Firma Ey und Wagner, Herr Zacharias, angeschlossen hatte, auf das freundlichste. Die herrliche Uhr war auf einem Tische vor dem Kamin des prinziplichen Empfangsalons aufgestellt worden. Nach einer kurzen Ansprache des mit dem Kreuz des Johanni-terordens geschmückten Freiherrn von Unruhe-Bomst, in welcher er den freudigen Gefühlen der Provinz über die Geburt des jungen Prinzen Ausdruck gab und deren warmen Glückwunsch aussprach, nahm Ober-Bürgermeister Kohnleis das Wort, um dem Wünsche Ausdruck zu verleihen, daß die Uhr dem Prinzen nur glückliche Stunden anzeigen möge. Prinz Wilhelm war über die Großartigkeit des Ge-schenks stichlich überrascht und sprach seine Freude und Bewunderung in den wärmsten Worten aus. „In meinem Leben habe ich noch keine so schöne

Uhr gesehen,“ meinte er unter Anderm, „mein Va-ter hat mir zwar schon viel von der vollendet n Schönheit derselben erzählt, aber so prächtig hatte ich sie mir doch nicht vorgestellt.“ Dann sich an Herrn Zacharias wendend, äußerte er, da braucht man ja nicht nach Venedig zu gehen, wenn heimi-sche Industrie derartige Kunstwerke schaffe. Immer wieder von Neuem beschäftigt der Prinz das schöne Geschenk und sprach unter Händedruck zu den Her-ren: „Sagen Sie den Bewohnern der Provinz in meinem und meiner Frau Namen unsern aller-herzlichsten Dank.“ Zum Schluß meinte der Prinz, die Uhr wäre zu schön, als daß deren Abbild sei-ner Frau lange entzogen bleiben solle, daher wurde Herr Zacharias ersucht, dieselbe gleich nach dem Marmorpalais zu der Prinzessin schaffen zu lassen. Den Einwohnern der Provinz wird übrigens eben-falls die Gelegenheit geboten werden, ihre schöne Hochzeitsgabe in Augenschein zu nehmen, indem sie auf Wunsch des Prinzen im Ständehause zu Posen zur Ausstellung gelangen soll. Von den in der Provinz Posen zum Hochzeitsgeschenk des prinziplichen Paares zusammengefloßen Geldern sind über 10,000 Mark erübrigt worden, welche zu dem schön-sten Zwecke dienen sollen, alljährlich von den Zin-sen einer armen Braut die Aussteuer zu beschaffen.

— (Der letzte Liebesdienst.) Ein Bewohner von Reichenau hatte seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Der Leichnam wird gerichtlich aufgehoben und soll nach der Anatomie in Leipzig übergeführt werden, da erbielt sich die Gattin, den Holzkasten mit den sterblichen Ueberresten für den ausgegebenen Lohn selbst nach der Bahn zu überfüh-ren. Auf einem zweirädrigen Karren fuhr die zärt-liche Gattin, unterstützt von einem Freunde, ihren Seligen nach dem Jittauer Bahnhof und gab das „Kollo“ prompt als Eilgut an die Leipziger Ana-tomie ab. Das nennt man doch Treue bis in den Tod! Auch praktisch, aber amerikanisch.

Telegraphische Depeschen.

Bonn, 11. Mai. Heute früh 4 Uhr fand auf der Zeche „Pluto“ bei Wanne eine Explosion schlagender Wetter statt, durch welche die ganze Nachschicht gefährdet ist. Bis 9 Uhr Vormit-tags sind laut der „Westf. Volksztg.“ 56 Tödt- an's Tageslicht geschafft. Die Rettungsarbeiten werden fortgesetzt.

Dortmund, 11. Mai. Nach der „Westf. Zeitung“ sind von den in der Zeche „Pluto“ Ver-unglückten bis 10 Uhr Vormittags 58 Tödt- und 40 Verwundete zu Tage gefördert worden.

Luxemburg, 10. Mai. Die Kammer nahm mit 26 gegen 10 Stimmen bei vier Stimmenthal-tungen, folgende Tagesordnung an: Die Kammer geht ansehts der von der Enquete-Kommission ausgesprochenen Meinung und nachdem sie die von derselben gelieferten Aufschlüsse entgegengenommen, in Erwägung, daß nicht bewiesen ist, daß der Sturz der Bank einem strafbaren Vergehen der Regierung zugeschrieben werden könne, zur Tagesordnung über.

Petersburg, 11. Mai. Das „Journal de St. Petersburg“ schreibt, das Projekt Barrère sei nicht als eine einfache Frage wegen der Regulirung der Donauschiffahrt zu betrachten, sondern als eine Modifikation der Stipulationen von Paris, London und Berlin; es müsse daher über dasselbe zwischen den Mächten verhandelt werden, da es eine Abende-rung internationaler Arrangements involvire.

Bukarest, 11. Mai. Senat. In seiner Beantwortung der Interpellation Grabiskeano er-klärte der Minister des Auswärtigen, Stasesco, die Regierung habe stets die Fiskalpolizei als mit dem Rechte der territorialen Souveränität im Zusammen-hang stehend angesehen. Dieses Prinzip sei in der Botschaft des Königs bestätigt worden. Die Re-gierung habe ihre Bemühungen dahin gerichtet, bei den Mächten durchzusetzen, daß das Recht der Aus-führung des Schiffsfahrtsreglements auf rumänischem Boden ausschließlich Rumänien zuerkannt werde, wobei Europa das Recht haben sollte, die Ausfüh-rung zu überwachen. Der Vorschlag Barrère's bilde dem Avant-Projekt Oesterreichs gegenüber einen Fortschritt, enthalte indessen keinen Unterschied hinsicht-lich der Kompetenz der beantragten neu zu schaffen-den Kommission. Es stehe demnach in dieser Be-ziehung im Widerspruch mit dem wesentlichen Prin-zip des rumänischen Programms. Die Regierung könne den Vorschlag in der vorliegenden Fassung nicht annehmen, glaube indessen, daß, wenn die Donaukommission auf Respektirung der Souveränität der Uferstaaten abzielende Modifikationen vornehmen würde, der Vorschlag Barrère's die Grundlage für ein Einvernehmen werden könne. Ohne diese we-sentlichen Modifikationen könne Rumänien den fran-zösischen Antrag nicht annehmen. — Grabiskeano erwiderte hierauf, er sei überzeugt, daß, wenn die Regierung den französischen Vorschlag zur Grund-lage nehme, das Land ihr auf diesem Wege nicht folgen würde. Er wünschte die Beseitigung des Vorschlages Barrère und die Lösung der Frage durch die europäische Kommission in Galatz auf Grundlage des von Haymerle auf dem Berliner Kongress gestellten Antrages. Der Führer der Oppo-sition Katargi erklärte, sich über die Frage nicht aussprechen zu können, so lange nicht alle Phasen der Verhandlungen bekannt seien. Auf Antrag des Ministerpräsidenten beschloß endlich der Senat, eine geheime Sitzung abzuhalten, um diplomatische Schrift-stücke entgegenzunehmen.

Newyork, 10. Mai. Der Direktor der Ge-fellschaft für die Auswanderung der Juden in New-York wurde von zahlreichen russischen Flüchtlingen in heftiger Weise thätlich angegriffen, weil er sich weigerte, ihre übertriebenen Forderungen um Un-terstützung zu erfüllen. Acht Personen wurden ver-haftet.